

MITEINANDER STATT NEBENEINANDER: DISKUSSIONSKULTUR STATT FEINDBILD

Keynote von Holger Stark, Stellvertretender Chefredakteur, DIE ZEIT

Mittwoch, 10. November 2021 (16:00 Uhr)

Die Pandemie hat uns Journalistinnen und Journalisten zwei Dinge gelehrt: Demut – und neues Selbstbewusstsein.

Demut, weil Corona viele Gewissheiten hinweggefegt hat, die den Journalismus bis dahin prägten. Wir Journalistinnen und Journalisten gefallen uns zu häufig darin, zu allem und jedem eine unverrückbare Meinung zu haben. Wir genießen die Geste, mit großem Pomp Prognosen zu verkünden. Wir sonnen uns in der Selbstzufriedenheit, vieles besser zu wissen.

Aber während der Pandemie wussten die Redaktionen nichts besser, schon gar nicht, wie es morgen und übermorgen weitergeht. Und die, die es am ehesten besser wussten, die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, schienen die traditionellen Medien nicht mehr zu brauchen, sie erreichen über Twitter, Facebook und Podcasts ein eigenes Millionenpublikum. Sie sind zu einer unabhängigen Marke geworden.

Der Journalismus, wie wir ihn kennen, war dieser Pandemie am Anfang nicht gewachsen. Er musste sich verändern. In vielen Redaktionen hat es eine Verschiebung der Gewichte gegeben, weg von den Politikressorts, hin zu den Wissenschaftsredaktionen, die traditionell einen diskursiveren, weniger meinungslastigen, eher faktisch grundierten Ansatz verfolgen.

Das hat nicht nur mit uns Journalist*innen etwas angestellt, sondern auch mit dem Journalismus als Ausdrucksform unserer Arbeit. In gewisser Weise ist er geschrumpft. Wenn sich diese Veränderung auf ein einziges Satzzeichen verkürzen ließe, dann wäre es das Fragezeichen. Es hat das Ausrufezeichen abgelöst, das lange der Taktstock eines überlauten Medienorchesters war.

Das Genre dieser Zeit ist hingegen das faktenbasierte Suchen und Tasten, das Hinterfragen. Wir haben gelernt, dass unser Publikum nicht den allwissenden Reporter erwartet, wohl aber einen, der sich um die bestmögliche Aufklärung bemüht, der Fakten zusammenträgt und offenlegt, was er weiß und was nicht. Um ein Bonmot von Angela Merkel in die Welt des Journalismus zu übertragen: Wir mussten lernen, auf Sicht zu schreiben.

Diese Entwicklung ist kein Grund zur Sorge. Demut zählt nicht zu den größten Stärken unseres Gewerbes, aber sie tut dem Journalismus gut. Das Schrumpfen des journalistischen Habitus' war in Teilen auch ein Gesundtschrumpfen.

Für meinen Berufsstand ist das eine neue Erfahrung. Eine, die diese Pandemie gerne überdauern darf. Zumal die Demut ja nicht vor den Mächtigen in Politik und Wirtschaft gilt, wo sie gänzlich deplatziert wäre, sondern vor den Leserinnen und Lesern, den Zuhörerinnen und Zuhörern, denen wir verpflichtet sind.

Zugleich hat die Pandemie uns Journalistinnen und Journalisten aber auch neues Selbstbewusstsein gelehrt, das nicht zu verwechseln ist mit der eben beschriebenen satten Selbstzufriedenheit. Da draußen existiert ein überwältigender Hunger nach Substanz, nach Fakten, nach Zusammenhängen. Seit dem Ausbruch der Pandemie verschlingen die Menschen gut recherchierte Geschichten nachgerade.

Markus Lanz, bis dato nicht als knallharter Polit-Talker bekannt, erzielte mit einer Mischung aus Politikern und Wissenschaftlern als Gästen Traumquoten wie sonst nur „Wetten, dass...?“. Die ARD-Brennpunkte konkurrierten bei den Zuschauerzahlen plötzlich mit Tatorten. Und selbst im Einzelverkauf von Print-Produkten am Kiosk, der durch den Lockdown dramatisch erschwert wurde, lagen Titel wie die ZEIT über dem Schnitt der Vorjahre, was, mit Verlaub, einem kleinen Wunder gleichkommt.

In einer Zeit, in der auf Twitter, YouTube, Telegram und anderswo eine Endlosschleife voll von gedanklichem Gift, Agitprop und Fake News abgespielt wird, hat ein relevanter Teil der Gesellschaft klug zu unterscheiden gewusst zwischen denen, die nur vorgeben, etwas zu sagen zu haben, und denen, die um Fakten und einen nachhaltigen Journalismus ringen. Mag sein, dass sich ein Teil der Gesellschaft an den Schlachten und Schlachtereien auf Social Media ergötzt – ein Großteil der Gesellschaft weiß indes auch zu schätzen, welchen Wert eine zwar makelbehaftete und fehleranfällige, am Ende aber freie Presse in einer Demokratie besitzt. Für all das braucht es Journalist*innen, die Entwicklungen hinterfragen, sie überprüfen, einordnen. Kurz: Es braucht Qualitätsjournalismus.

Es ist kein Zufall, dass Christian Drosten für seinen wöchentlichen, vielfach ausgezeichneten Podcast das Gespräch mit Journalist*innen gewählt hat. Erst dadurch ist eine hinterfragende Einordnung und ein Dialog möglich geworden – zumal es ja auch nicht „die“ eine Sicht der Wissenschaft gibt, sondern viele Streecks, Drostens und Priesemanns, die sich auch nicht immer einig waren und deren Sichtweisen eingeordnet werden wollen.

Zwischen Wissenschaft und Journalismus ist eine interessante Wechselwirkung entstanden: Der Journalismus hat von der Wissenschaft gelernt – aber die Wissenschaft auch vom Journalismus.

So gesehen wirkte die Pandemie wie eine zweifache Wasserscheide. Einerseits hat sie die Unterscheidung zwischen anspruchsvollem Journalismus und den sozialen Medien so klar wie nie zuvor sichtbar gemacht. Und andererseits führte sie innerhalb der Medien zu einer Binnendifferenzierung zwischen denjenigen Redaktionen, die sich als lernende Organismen erwiesen und anderen, die vornehmlich auf Lautstärke setzten.

Das empfundene Paradoxon besteht darin, dass in einer Zeit, in der sich Journalist*innen ihrer erlernten Arbeitsroutinen weniger denn je gewiss sein konnten, ihre Arbeitsergebnisse zugleich mehr denn je respektiert wurden.

Dazu ein paar Zahlen: Nach einer repräsentativen Umfrage von Infratest Dimap unter rund 1.000 Wahlberechtigten, die im September und Oktober 2020 durchgeführt wurde, halten mehr als zwei Drittel der Befragten die Berichterstattung der Medien in Deutschland für vertrauenswürdig. Im Vergleich zu 2019 ist das Vertrauen um sechs Prozentpunkte gestiegen und liegt damit so hoch wie nie seit der erstmaligen Erhebung 2015.

Und bei einer zweiten Studie, diesmal der Universitäten von Mainz und Düsseldorf, bei der die Befragungen im November und Dezember 2020 stattfanden, ist der Anteil an Menschen deutlich zurückgegangen, die extrem kritisch bis feindselig auf die etablierten Medien blicken. Nur noch elf Prozent der Befragten bejahten die Aussage, dass die Bevölkerung von den Medien systematisch belogen

werde. In den Vorjahren lag die Zustimmung deutlich höher, nämlich zwischen 13 und 19 Prozent. Elf Prozent auf der einen Seite stehen also mehr als zwei Drittel auf der anderen Seite gegenüber. Ich habe einige Jahre in Washington gelebt und glaube sagen zu können, dass dies gesellschaftliche Verhältnisse sind, die viele Amerikaner*innen als paradiesisch bezeichnen würden.

Eine der postpandemischen Erkenntnisse lautet deshalb, den Apologeten des Dagegen und den überzeugten Konsument*innen von Fake News nicht zu viel Bedeutung einzuräumen. Sie mögen laut sein, aber sie sind eine kleine Minderheit, die keine Deutungsmacht verdient hat.

Dieses herausragende Vertrauen, das den Medien aktuell von einem Großteil der Gesellschaft entgeggebracht wird, beinhaltet allerdings auch eine besondere Verantwortung: Sie besteht darin, die gesellschaftliche Debatte in einer Weise zu führen, die die Spaltung nicht weiter vertieft. Gerade in der Pandemie hat sich ein auffälliger Kontrast vieler Medien zum Crescendo des Netzes gezeigt. Zu verzeichnen ist eine Renaissance des Ruhigen, was bitte nicht zu verwechseln ist mit Beliebigkeit. Die Positionen sollen klar und prägnant sein, aber auf den Ton kommt es an. Christian Drosten hat den Journalist*innen vergangene Woche in seiner Laudatio bei der Verleihung des Hanns-Joachim-Friedrichs-Preises zu Recht die Frage gestellt, „wieviel Zuspitzung und Personalisierung“ eigentlich zulässig und gesund sei.

Das Zuspitzen aus purer Lust am Zündeln, das Marktschreien, die blindwütige Attacke prägen die Debatte im Netz ja heute schon mehr, als es einer Gesellschaft gut tun kann. Damit zu konkurrieren, kann nicht journalistische Aufgabe sein.

Ein Blick nach Amerika lehrt uns, dass das Über- und Gegeneinander reden, das ausschließliche Bedienen der eigenen Bubble für Sender wie Fox News ein einträgliches Geschäftsmodell geworden ist. Je klarer die Ab- und Ausgrenzung, desto stärker die Mobilisierung der eigenen Anhänger*innenschaft und damit die Möglichkeit, Geld zu verdienen. Dieser Versuchung zu widerstehen, ist nicht ganz einfach. Aber es ist essenziell, wenn wir nicht den amerikanischen Weg beschreiten wollen.

In seiner Rede hat Drosten etwas Zweites angemahnt: eine „Nachbesinnung nicht nur in der Politik und der Wissenschaft, sondern unbedingt auch im Journalismus“. Was zeigt uns dieser Blick zurück?

Mindestens bei der zweiten zentralen Aufgabe der Medien, ihrer Rolle als Korrektiv der Mächtigen nämlich, ist in den vergangenen ein, zwei Jahren etwas verrutscht. Das betrifft vornehmlich das Verhältnis von Medien und Politik. Weil wir es während der Pandemie oft nicht besser wussten, weil wir eben auf Sicht geschrieben haben, haben wir jedenfalls in Teilen zu wenig das getan, was wir qua demokratiethoretischer Konstellation tun sollten, ja tun müssen: jene zu kontrollieren, die an den Schalthebeln der Gesellschaft sitzen. Der Blick in den Maschinenraum der Macht war uns allzu oft verstellt.

Wir haben nicht wirklich verstanden, was in dem über Nacht zusammengerufenen „Corona-Kabinett“ vor sich ging, warum das Gesundheitsministerium wem Milliardenaufträge verschaffte. Und wir haben nicht nachvollzogen, wie im Robert-Koch-Institut Entscheidungen zustande kamen – ein Institut übrigens, das sich beharrlich dem Begehren auf Einsicht in seine Arbeitsweisen nach dem Informationsfreiheitsgesetz verweigerte.

Eine Demokratie lebt von Kontrolle, „Checks and balances“ nennen die Angelsachsen das. Den Medien kommt dabei die Rolle eines „Watchdogs“ zu: einer unabhängigen Instanz, die anschlägt, wenn es den Verdacht auf Vorteilsnahmen, Mausechelen oder Korruption gibt. Die ihre Scheinwerfer überall dorthin richtet, wo sich Macht konzentriert. Das ist Auftrag und Verpflichtung zugleich.

Aber viele Medien waren lange hauptsächlich damit beschäftigt, das Unfassbare zu fassen, diese Pandemie zu verstehen. Wir sind mit asthmatischer Kurzatmigkeit den täglichen Inzidenzen hinterhergeholt, haben gebannt auf das Impfdashboard gestarrt und fiebrig belegte Krankenhausbetten gezählt. Selten zuvor sind so viele Pressekonferenzen so ausführlich und ungerahmt auf den Fernsehkanälen übertragen worden, gab es epische Monologe von Ministerpräsidenten live on air. Der SMS-Journalismus aus den Ministerpräsidentenrunden hat Transparenz eher simuliert, als dass er politische Prozesse wirklich überprüfbar gemacht hätte.

Bis zu einem gewissen Grad liegt das in der Natur dieser globalen Krise. Wer sich vortastet, kann eben nicht alles besser wissen, nicht alles verstehen, nicht alles durchleuchten. Exemplarisch lässt sich diese Unsicherheit am publizistischen Umgang mit den Masken nachvollziehen. Am Anfang der Pandemie befand Lothar Wihler, der Chef des Robert-Koch-Instituts, das Tragen von Masken im öffentlichen Raum sei „nicht angebracht“. Viele Medien folgten ihm in diese Bewertung, um wenig später gemeinsam mit dem RKI das exakte Gegenteil zu behaupten. Auch Politiker*innen und Beamte sind Menschen, die auf eine globale Krise dieser Dimension nicht vorbereitet waren. Alle demokratischen Instanzen, der Journalismus eingeschlossen, haben Zeit gebraucht, um einen Umgang mit der Pandemie zu finden.

Aber die Medien sind nicht das Megafon der Mächtigen, sie dürfen es nicht sein. Verkommen sie auf Dauer dazu, nehmen sie ihre Kontrollfunktion nicht mehr wahr. Schon der Eindruck, wir säßen in einem Boot, wäre nicht nur falsch. Er wäre fatal. Das gilt im Übrigen auch im Verhältnis der Medien zu einer möglichen neuen Ampel-Regierung mit Beteiligung von Grünen und FDP, zwei Parteien, denen viele Journalist*innen näher stehen als der Großen Koalition. Die Versuchung mag groß sein, näher aneinander zu rücken – aber auch hier wäre es grundfalsch, ihr nachzugeben.

Wie nötig die mediale Kontrollfunktion ist, haben die Enthüllungen über die Maskendeals gezeigt: Sie haben im zweiten Jahr der Pandemie einen Blick in den moralischen Abgrund eröffnet. Wer mit der gesellschaftlichen Not Millionen verdient und dabei sein Mandat oder seinen Einfluss missbraucht, hat keine Nachsicht verdient. Die Recherchen haben geradezu mustergültig erst zu einer gesellschaftlichen Debatte über Politik und Moral und schließlich zu politischen und strafrechtlichen Konsequenzen geführt. Das, was wir an Korruption erlebt haben, sollte uns nicht beruhigen, sondern im Gegenteil unruhig machen. Denn es vermittelt uns eine Ahnung davon, was wir anderswo vermutlich alles nicht gesehen haben.

Die Enthüllungen haben zugleich die Behauptung widerlegt, die große Mehrheit der Journalist*innen sei nichts als willfährige Vollstrecker der Herrschenden. Wer so argumentiert, und sei es auf WhatsApp, verdingt sich als Zulieferer jener elfprozentigen Minderheit, die ohnehin nicht an eine freie Presse glaubt. Der bedient das Narrativ, dass Steffen Seibert aus dem Kanzleramt Morgen für Morgen in den Redaktionen anruft und die Themen des Tages durchtelefoniert, nur nicht bei BILD, schon klar. Was im übrigen auch empirisch betrachtet ein „Nothing-Burger“ ist, wie die Amerikaner sagen würden. Die Ludwig-Maximilian-Universität hat in den Leitmedien nachgezählt und ist zum Ergebnis gekommen, dass in 26 Prozent aller Meinungsbeiträgen, in denen es um die Corona-Maßnahmen ging, die Maßnahmen als zu weitgehend kritisiert wurden.

Wer anlässlich der deutschen Corona-Maßnahmen dennoch vom DDR-Obrigkeitsstaat schwätzt, ist nicht nur bemerkenswert geschichtsvergessen, sondern auch überraschend wenig global in seiner Perspektive: Man kann der scheidenden Bundesregierung ja viel vorwerfen, aber gewiss nicht, dass sie sich gerade im internationalen Vergleich wie ein typisch deutscher Obrigkeitsstaat aufgeführt hätte.

Während also die Demut und das neue Selbstbewusstsein des Journalismus die Pandemie gerne überdauern dürfen, muss das Verhältnis von Nähe und Distanz zwischen der Politik und dem Journalismus neu vermessen werden. Das muss es schon deshalb, um das ungewöhnlich große Vertrauen nicht zu verspielen, welches uns so viele Menschen in diesen Tagen entgegenbringen.

Auch ohne Maßband lässt sich sagen: der Abstand muss wieder größer werden, im Interesse der Demokratie.

Vielen Dank.